

Mitglied des Deutschen Bundestages für die StädteRegion Aachen

Renteneintritt flexibilisieren

Wir haben in der zurückliegenden Sitzungswoche in erster Lesung das Gesetz zur Flexibilisierung des Übergangs vom Erwerbsleben in den Ruhestand und zur Stärkung von Prävention und Rehabilitation im Erwerbsleben beraten. Hinter diesem zugegebenermaßen etwas sperrigen Namen steckt die Idee, eine Flexibilisierung des Übergangs vom Berufsleben in den Ruhestand erreichen. Die Bevölkerungsstärke der 55- bis unter 65-Jährigen hat in den vergangenen Jahren zugenommen und wird auch in den nächsten zehn Jahren weiter wachsen.

Dazu werden die Menschen immer gesünder und älter. Nicht jeder Job erfordert harte körperliche Arbeit. Daher wundert es nicht, dass viele Menschen gerne über das gesetzliche Renteneintrittsalter hinaus weiter am Berufsleben teilnehmen wollen. Der nun zur Beratung anstehende Gesetzentwurf setzt die Ergebnisse der Koalitionsarbeitsgruppe um, die auf unser Betreiben hin eingerichtet worden war.

Wir schaffen die Voraussetzung dafür, indem wir es Arbeitnehmern bereits ab dem Alter von 63 ermöglichen, eine Teilrente stufenlos zu wählen und so, bei reduzierter Arbeitszeit, weiter im Beruf zu stehen. Wir erweitern gleichzeitig die Grenze des Zuverdienstes, den bereits in die Rente übergetretene Personen erwirtschaften dürfen und regeln Fragen, die deren Weiterbeschäftigung betreffen. Zudem zielt das Gesetz durch neue Regelungen darauf, Weiterbeschäftigung durch Prävention und Reha-Maßnahmen zu erreichen.

Wichtig erscheint mir, zu betonen, dass durch das Gesetzesvorhaben niemand gezwungen wird, länger als bisher zu arbeiten. Wer viele Jahrzehnte seine Knochen hingehalten hat, soll beizeiten in den Ruhestand treten dürfen.

Bürgersprechstunde in Simmerath

Meine nächste Bürgersprechstunde findet am Mittwoch, dem 5. Oktober 2016 von 18:00 bis 19:00 Uhr im Rathaus der Gemeinde Simmerath (Rathausplatz 1A, 1. Etage, Raum 100) statt. Interessierte Bürgerinnen und Bürger sind herzlich eingeladen, sich mit ihren Fragen und Anregungen an mich zu wenden. Besucher der Sprechstunde sollten sich möglichst vorab im Wahlkreisbüro unter 02404/557830 anmelden.

Sehr geehrte Damen
und Herren,
liebe Freunde!

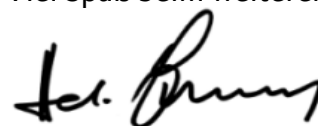


Die Welt steht fassungslos vor den Gräueltaten des syrischen Bürgerkriegs. Die Stadt Aleppo steht wie keine zweite für die Schrecken dieses Krieges und das vieltausendfache Leiden der Menschen. Wir tun alles, damit der Krieg, in dessen Schatten sich eine unglaubliche Barbarei vollzieht, beendet wird. Wir wollen Fluchtursachen beseitigen und können nicht hinnehmen, dass die rücksichtslose Vertreibungspolitik vor unseren Augen immer weiter betrieben wird.

Der erste Schritt muss sein, die Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die das Überleben tausender Menschen direkt betreffen, zu unterbinden. Luftangriffe auf Hilfskonvois, wehrlose Zivilisten und Krankenhäuser können nicht hingenommen werden. Der UN-Generalsekretär Ban Ki-moon hat dies unmissverständlich auf den Punkt gebracht und als Kriegsverbrechen benannt. Russland trägt große Verantwortung für die Eskalation der Gewalt in Syrien, wie auch in der Ukraine. Wer also nach Moskau fährt, muss mit der russischen Führung Klartext reden – oder er lässt es besser bleiben.

Angesichts der schrecklichen Nachrichten, die uns tagtäglich aus Syrien erreichen, können wir uns umso glücklicher schätzen, seit vielen Jahrzehnten in Frieden mit allen unseren Nachbarn und Freiheit leben zu dürfen. Und seit nunmehr 26 Jahren auch in einem wiedervereinten Deutschland. Das wollen wir an diesem Wochenende mit dem Tag der Deutschen Einheit feiern.

Viel Spaß beim weiteren Lesen wünscht



Ihr Helmut Brandt MdB

Mitglied des Deutschen Bundestages für die StädteRegion Aachen

Einigung zur Erbschaftssteuer

Das in der letzten Woche im Vermittlungsausschuss aus Bundesrat und Bundestag zur Erbschaftssteuer erzielte Ergebnis lässt sich sehen, auch wenn sich nicht jeder Punkt unseres Gesetzesbeschlusses vom Sommer durchsetzen ließ. Wir haben aber sichergestellt, dass Grüne und Linke dieses Gesetzgebungsverfahren nicht für Steuererhöhungen nutzen, die das Bundesverfassungsgericht gar nicht vorgegeben hat. Wir haben unser Kernziel erreicht: Unternehmen werden durch die Erbschaftsteuer nicht in ihrem Bestand gefährdet und so sichern wir Arbeitsplätze.

Der Einigungsvorschlag des Vermittlungsausschusses sieht vor, dass Firmenerben auch künftig steuerlich begünstigt werden, wenn sie das Unternehmen längere Zeit fortführen und Arbeitsplätze erhalten. Kleine Betriebe von bis zu fünf Mitarbeitern bleiben vom Darlegungsaufwand, in welchem Umfang Arbeitsplätze erhalten wurden, befreit.

In dieser Woche haben wir im Plenum dem Ergebnis des Vermittlungsausschusses zugestimmt. Der Bundesrat wird im Oktober über das Vermittlungsergebnis abstimmen.

Debatte im Bundestag zur Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik

Die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik (AKBP) ist die dritte Säule der deutschen Außenpolitik neben den politischen und wirtschaftlichen auswärtigen Beziehungen. Der in dieser Woche debattierte [Bericht](#) war international gekennzeichnet durch eine Vielzahl schwerer Krisen. So konnte z. B. angesichts der zugespitzten Flüchtlingslage das Netzwerk der Auslandsvertretungen kurzfristig genutzt werden, um Aufklärungskampagnen zu starten und damit den gezielt gestreuten Gerüchten krimineller Schlepper entgegenzuwirken.

Auch bei einem klassischen Schwerpunkt, der Förderung von Deutsch als Fremdsprache, zeigen sich Erfolge. Seit 2010 ist die Anzahl der Deutschlernenden weltweit von 14,9 auf 15,4 Millionen angestiegen. Insbesondere in den Wachstumsregionen China, Indien und Brasilien erfreut sich Deutsch großer Beliebtheit.

THW in Berlin

„MdB und THW – Vielfalt im Einsatz“: Unter diesem Motto stand das diesjährige Treffen von THW-Vertretern aus ganz Deutschland mit uns Abgeordneten vor dem Reichstag in Berlin. Neben einer beeindruckenden Geräteschau stand der direkte Austausch zwischen THW und Politik im Vordergrund der Veranstaltung. Selbstverständlich war auch die StädteRegion durch den Kreisbeauftragten Thomas Johnen vertreten.



Impressum:
Ausgabe Nr.: 15/16
30. September 2016

Helmut Brandt MdB
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel.: 030 / 227-71472
Fax: 030 / 227-76471
E-Mail: helmut.brandt@bundestag.de

Wahlkreis:
Luisenstr. 41, 52477 Alsdorf
Tel.: 02404/557830
Fax: 02404/673445
E-Mail: helmut.brandt.wk@bundestag.de

Internet: helmut-brandt.de
facebook.com/mdb.helmut.brandt